NORDAMERIKA 02.06.2026 | Stephen Holmes

Die MAGA-No-Linie

Trumps Anhänger wollen die Industrie zurück. Die Tech-Elite arbeitet an einer Zukunft, in der viele Jobs verschwinden. Der Bruch ist vorprogrammiert.

Nur wenige politische Bündnisse sind seltsamer als das zwischen Donald Trumps MAGA-Bewegung und der aufstrebenden *Tech Right* – der Gruppe von Milliardären und Risikokapitalgebern aus dem Silicon Valley, die Trumps Rückkehr an die Macht finanziert und seinen Hang zur Deregulierung genährt haben. Das Bündnis vereint eine rückwärtsgewandte populistische Bewegung mit einer Tech-Elite aus dem Silicon Valley, deren Leitgedanke lautet, dass künstliche Intelligenz sehr viele Menschen wirtschaftlich überflüssig machen wird.

Die beiden Seiten verfolgen nicht nur unterschiedliche Ziele; sie leben geradezu in verschiedenen Welten. Die Rhetorik von MAGA ist in einer mythischen Vergangenheit verankert. Sie strebt die Wiederherstellung einer vergangenen industriellen, nationalen und kulturellen Ordnung an, in der Arbeit, Geschlechterrollen und das Gemeinschaftsleben vertraut und lokal verwurzelt waren. Das im Silicon Valley vorherrschende Ethos versteht Disruption als zivilisatorischen Imperativ und bestehende soziale Strukturen als entbehrlich. Die eine Seite sehnt sich nach einer idealisierten Vergangenheit, während die andere danach strebt, die Gegenwart überflüssig zu machen.

Die Tech-Milliardäre rechnen offen mit einer quasi permanenten Unterschicht, sobald fortschrittliche Systeme Millionen von Arbeitsplätzen verdrängen.

Entsprechend unterscheiden sich ihre Ansichten über gewöhnliche Menschen. Das Selbstbild von MAGA ist das von „vergessenen“ Bürgern – darunter Arbeiter, Kleinunternehmer und Wähler in deindustrialisierten Bundesstaaten im Landesinneren, die von den Eliten an den Küsten abgeschrieben wurden. Die Tech-Milliardäre hingegen rechnen offen mit einer quasi permanenten Unterschicht, sobald fortschrittliche Systeme Millionen von Arbeitsplätzen verdrängen und Reichtum und Macht in den Händen bestehender

> Kapitaleigner und KI-Firmen konzentrieren. Nach dem, was manche als „San-Francisco-Konsens“ bezeichnen, ist der durchschnittliche Arbeiter nicht der Protagonist der Zukunft, sondern ein Überbleibsel einer vergangenen Ära – der vermutlich durch minimale Sozialleistungen besänftigt werden soll, während die Innovation voranschreitet. Statt diesen Widerspruch anzugehen, versteckt die Koalition ihn hinter einem Personenkult. Während sich Tech-Investoren als Genies feiern, nimmt Trump eine doppelt absurde Haltung ein und prahlt zugleich mit seinem überragenden IQ und seiner einzigartigen Fürsorge für die „weniger Gebildeten“.

Eine Zeit lang konnte diese Inszenierung darüber hinwegtäuschen, dass dieselbe Hierarchie kognitiver Werte, die den Spendern schmeichelt, auch viele seiner Anhänger als entbehrlich einstuft. Trumps Koalition hat zwei unvereinbare Narrative unter einen Hut gebracht: eine schmeichelhaft-populistische Erzählung für die Wähler und eine meritokratisch-elitäre für die Geldgeber.

Doch so, wie Trumps Macht unter dem Druck seines Iran-Debakels schwindet, schwindet auch seine Fähigkeit, gleichzeitig zwei miteinander unvereinbare Versprechen einzuhalten. Der Taschenspielertrick, der die Koalition zusammenhielt, funktioniert nicht mehr, und die unruhige Verbindung beginnt zu zerfallen. Und von allen Orten, an denen die Belastung offensichtlich ist, verläuft der tiefste Riss durch das Stromnetz.

Trump hat versprochen, die Stromrechnungen der Amerikaner zu senken – einmal hat er hat geschworen, sie zu halbieren. Doch in vielen Orten, die die MAGA-Koalition stützen, sind die Strompreise für Privathaushalte stark gestiegen, wobei sich die Kosten für gesicherte Stromkapazitäten innerhalb von zwei Jahren mehr als verzehnfacht haben.

Fast die Hälfte dieser jüngsten Kostensteigerungen ist auf den enormen Strombedarf von Rechenzentren zurückzuführen. Ein durchschnittlicher Haushalt in der Nähe eines Rechenzentrums wird bis 2028 schätzungsweise 70 Dollar Mehrkosten pro Monat tragen müssen.

Angesichts der explodierenden Strompreise lassen sich die widersprüchlichen Positionen der Tech-MAGA-Allianz nicht länger verschleiern. Stark MAGA-geprägte ländliche Gemeinden und Vororte

in Virginia, Ohio, Georgia und Arizona protestieren gegen Umspannwerke und Übertragungskorridore, von denen große KI- und Rechenzentren andernorts profitieren; Populisten auf Landesebene liebäugeln mit Tarifschutzmaßnahmen, die Haushalte von den Kosten der Rechenzentren abschirmen sollen. Die große Ironie besteht also darin, dass die lautesten Proteste gegen die KI-Infrastruktur im Jahr 2026 möglicherweise aus Trumps eigener Koalition kommen werden. Ein ländliches Haus in Pennsylvania im Winter zu heizen, ist ein Problem, das ein Personenkult nicht lösen kann.

Es handelt sich um ein Parallelsystem, eine „Strom-Apartheid", die durch private Verträge etabliert wird.

Die Ungerechtigkeit ist unbestreitbar. Während das eine Netz öffentlich, politisch umstritten, tarifreguliert und langsam bleibt, wird das andere zunehmend privat, neben Rechenzentren angesiedelt, vertikal integriert und von den Einschränkungen ausgenommen, die für alle anderen gelten. Die großen Cloud- und KI-Konzerne haben Verträge über Atom- und Gaskraftwerke im Gigawatt-Maßstab abgeschlossen, treiben die Wiederinbetriebnahme stillgelegter Reaktoren voran und errichten eigene Energieanlagen direkt an ihren Rechenzentren. Sie werden von Bundesaufsichtsbehörden unterstützt, die die Vorschriften so umgeschrieben haben, dass Rechenzentren sich direkt an Kraftwerke anschließen können und so die Übertragungsinfrastruktur umgehen, von der der Rest des Netzes abhängt.

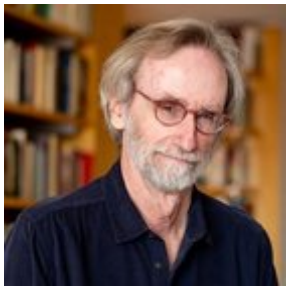
Rechenzentren erhalten verlässlich zugesicherte Stromkapazitäten, während Haushalte im selben Netz steigende und schwankende Preise tragen müssen. Das eine Netz ist das, wofür der Bürger bezahlt; das andere ist das, was der Bürger finanziert, aber nicht nutzen kann. Für die Tech-Rechte ist der „überflüssige Mensch" kein unbeabsichtigtes Nebenprodukt, sondern Teil der Strategie. KI-Cluster werden so dimensioniert, dass sie die bezahlte Arbeit einer schwindenden Erwerbsbevölkerung absorbieren, während die unbezahlte Arbeit, die Haushalte noch leisten, stillschweigend aus dem Modell herausfällt.

Das Muster ist teilweise bekannt. Öffentlich finanzierte Infrastruktur hat schon immer einigen Gruppen besser gedient als anderen – je nachdem, wo Leitungen verlegt werden, wie der Zugang bepreist wird und wie zuverlässig die Versorgung erfolgt. Obwohl Infrastrukturinvestitionen im Prinzip diskriminierungsfrei sind, folgen sie doch tendenziell den

Konturen von Klasse, Geografie und politischer Stimme. Was wir derzeit in den Vereinigten Staaten erleben, geht jedoch noch weiter. Es handelt sich nicht um den üblichen Gradienten an Vorteilen, der in die öffentliche Versorgung eingebaut ist, sondern um ein Parallelsystem, eine „Strom-Apartheid“, die durch private Verträge etabliert wird. Die *Hyperscaler* schaffen ein zweigeteiltes System, in dem für eine Nutzergruppe konsistente, dezidierte Kapazitäten bereitgestellt werden, während das öffentliche Netz die Schwankungen und die Kosten auffängt.

Die demografische Mehrheit auf der Verliererseite des Netzes ist keine rassistisch definierte Gruppe, wie es in der Apartheid-Ära Südafrikas in Elon Musks Kindheit der Fall war. Es sind die Wähler der Arbeiter- und Mittelschicht im deindustrialisierten Landesinneren – genau jene Wählerschichten, für die sich MAGA angeblich einsetzt. Sie haben Trump mit überwältigender Mehrheit unterstützt, und nun sind sie genau die Menschen, die für ein System bezahlen müssen, das darauf ausgelegt ist, sie überflüssig zu machen. Der Technopopulismus, so scheint es inzwischen, trägt den Keim seiner eigenen Auflösung in sich. Der sich zuspitzende Konflikt um Energie macht die Trennung unvermeidlich. Der Stromzähler fragt nicht, wem die Zukunft versprochen wurde. Er zeigt, wer tatsächlich von ihr profitiert.

© Project Syndicate



Stephen Holmes
New York

Stephen Holmes ist US-amerikanischer Politik- und Rechtswissenschaftler an der *New York University*. Er forscht zur Geschichte des Liberalismus, zum demokratischen Rückschritt und zur Spannung zwischen Rechtsstaatlichkeit und Terrorismusbekämpfung.